



Ein noch einsamer Aktionär wartet auf die Generalversammlung seiner Firma.

Foto: Michaela Rehle (Business SCI Tech)

# Economiesuisse will modernes Firmenrecht abschliessen

**AKTIENRECHT** Die Vertreter der Konzerne scheuen sich nicht davor, Halbwahrheiten zu verbreiten. Der Dachverband der Wirtschaft Economiesuisse sät Zweifel mit zum Teil unwahren Aussagen.

Zwischen dem 7. und 21. November muss es passiert sein. Jemand weit oben hat den Schalter umgelegt von der Position «Wir stehen hinter der Reform, die Richtung stimmt» auf «Die Vorlage ist kaputt». Ein Insider sagt, die gleichen Leute hätten «ihre Haltung innert Tagen um 180 Grad gekehrt». Die Rede ist von Economiesuisse und Swissholdings.

Mit Folgen am Dienstag: Dann stimmt der Ständerat über das weitere Vorgehen bei der Revision des Firmenrechts ab. Er berät sie als Zweitrat, nachdem der Nationalrat die Vorlage im Sommer durchberaten, aus Wirtschaftssicht verbessert und befürwortet hat. Und dennoch stellt der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser stellvertretend für alle Gegner den Antrag, auf die Revision nicht einzutreten. Für Konzerne sei «nichts mehr drin, das sie interessieren könnte». Hingegen würden kleine und mittelgrosse Firmen «etliche Nachteile mit der Revision erleiden», würde sie angenommen. «Kein einziger Punkt ist dringlich. Das jetzige Aktienrecht funktioniert», so Noser.

Schuld daran sind für die Gegner zwei Akteure: erstens Ständerat Thomas Minder, der als Initiator der Abzockerinitiative in der Kommission viele Beschränkungen zu Managerlöhnen durchgebracht hat, und zweitens alle FDP- und CVP-Ständeräte der Rechtskommission, die es verschlafen hätten, in kontroversen

Punkten Gegenanträge zu stellen. «Offenbar haben Kommissionsmitglieder die Arbeit, die man von ihnen erwartet, nicht getan. Das ist ärgerlich», sagt SP-Ständerat Claude Janiak.

Nosers Antrag hat Chancen und sorgt für Aufruhr. Zwar gibt es solche, die sagen, der Nationalrat könne an seiner Version festhalten und sie dem Ständerat zurückspielen, damit dieser sie überarbeite. Doch andere finden, das sei hoch riskant. «Gut möglich, dass der Nationalrat die Vor-

lage einfach versenkt», sagt Janiak. Ein solches Szenario ist real. «Es ist aus bürgerlicher Sicht wahrscheinlich, dass wir in einer zweiten Runde im Nationalrat das Nichteintreten beschliessen. Die Reform bringt zu wenig, um den Anpassungsaufwand der Wirtschaft zu rechtfertigen», sagt SVP-Nationalrat Pirmin Schwander.

Es geht um Hunderte Verbesserungen, die jetzt auf Initiative von Economiesuisse entsorgt werden sollen. Das erstaunt selbst Bürgerliche, denn im Sommer liess der Wirtschaftsdachverband verlauten, die Revision habe das Zeug, um den «seit Jahren bestehenden Reformstau

aufzubrechen» und «in zahlreichen Punkten Vereinfachungen und Entlastungen, gerade auch für KMU», zu bringen.

## Propaganda der Wirtschaft

Jetzt verbreitet er das Gegenteil: «Es gibt über 100 Anpassungen, vielfach Verschlechterungen, welche technisch teils sehr wichtig sind und für welche es grösstenteils keine Abänderungsanträge im Parlament gibt», so ein Sprecher. Die Vorlage sei «in der ständerätlichen Kommission krass entgleist».

Um die Vorlage zu bodigen, sät Economiesuisse Zweifel mit zum Teil unwahren Aussagen. Drei Beispiele:

Der Verband behauptet, es gebe über 100 nachteilige Anpassungen, für die es «grösstenteils keine Änderungsanträge» gebe. Das ist falsch. FDP-Ständerat Andrea Caroni hat nachgezählt. «Die Wunschliste von Economiesuisse enthält nach meiner Zählart 28 Änderungswünsche, sogenannte Konzeptanträge», von denen jede mehr Korrekturen betrifft. Zu diesen «28 Wünschen liegen 24 Änderungsanträge vor». Offen sind nur 4 Anträge.

Noser behauptet, dem Verwaltungsrat würden neue Pflichten überbürdet, die gar nicht seine Aufgabe seien, so etwa die Überwachung der Zahlungsfähigkeit. Das ist falsch, sagt der renommierte Rechtsprofessor Hans Caspar von der Crone. Der Verwaltungsrat habe die Zahlungsfähigkeit schon heute zu überwachen. Die Nennung im Gesetz «war im Nationalrat denn auch nicht bestritten». Neu sollten Stimmrechtsberater an der GV

ihre Interessen offenlegen, sofern sie im Auftrag dieser Firma arbeiten. Gegner behaupten, man könne dies nicht mehr bekämpfen. Ein Gegenantrag liege zwar nicht vor, könne aber gestellt werden, sagt von der Crone. Persönlich findet er es richtig, dass sie ihre Mandate offenlegen: «Es ist völlig überzeichnet, zu behaupten, die Vorlage könne nicht repariert werden. Die Reform nach der geleisteten Arbeit abzulehnen, ohne sich überhaupt mit ihr auseinanderzusetzen, wäre unprofessionell».

## Der Gegendruck läuft an

Auch der bekannte Aktienrechtsexperte Peter Forstmoser spricht den Ständeräten ins Gewissen. In der letzten «Finanz und Wirtschaft» schreibt er, mit dem Scheitern der Reform würde «ein massiver Kollateralschaden in Kauf genommen». Sinnvolle Verbesserungen und «Neuerungen – durchweg als Freiräume und nicht als Zwänge konzipiert – würden geopfert».

Von der Crone tritt Behauptungen entgegen, die Vorlage führe zu Mehrarbeit. «Zusätzlichen Aufwand verursacht das Gesetz nicht, im Gegenteil. Das Plus an Flexibilität und der Übergang zur digitalen Kommunikation wird substantziellen Mehrwert schaffen, man denke nur schon an den Wegfall der gedruckten Geschäftsberichte.»

Caroni wird einen Antrag stellen, damit der Ständerat die Mängel korrigieren kann. «Wir sind bildlich gesprochen jetzt 0:2 im Rückstand, aber das Spiel ist noch lange nicht gelaufen.»

Andreas Valda

## Börse

SMI  
8741 Punkte

+0.9%



### Die Besten

Givaudan N	+2.3%
Swiss Re N	+2.0%
Nestlé N	+2.0%

### Die Schlechtesten

Julius Bär N	-1.2%
Novartis N	-0.4%
Lonza N	-0.2%

Dow Jones Ind.

24388 Punkte

-2.2%

Nasdaq Comp.

6969 Punkte

-3.1%

Euro in Franken	1.130	0.15%
Dollar in Franken	0.991	-0.10%
Euro in Dollar	1.140	0.25%
GB-Pfund in Franken	1.264	-0.29%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	63.22	6.4%
Gold (Unze) in Dollar	1247.00	0.2%
Silber (Unze) in Dollar	14.49	0.6%

## In Kürze

### BANKEN

#### Automatischer Austausch erweitert

Die Schweiz soll in drei Jahren den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten mit 18 weiteren Staaten und Territorien einführen. Darunter sind Albanien, Libanon, Nigeria, Pakistan, Peru und die Türkei. Der Bundesrat hat gestern die Vernehmlassung dazu eröffnet. Mit dem Informationsaustausch soll die grenzüberschreitende Steuerhinterziehung verhindert werden. *sda*

### GELDPOLITIK

#### Fed auf dem Weg zu höheren Zinsen

Kurz vor der nächsten Zinsentscheidung in den USA mehren sich die Signale für eine vierte Erhöhung in diesem Jahr. Laut Notenbankchef Jerome Powell läuft die Wirtschaft «insgesamt sehr gut». Er verwies darauf, dass die Erwerbslosigkeit auf den niedrigsten Stand seit 50 Jahren gesunken ist. Das von Powell gezeichnete rosige Konjunkturbild gilt als Hinweis, dass einer weiteren Zinserhöhung wohl nichts im Weg steht. *sda*

### FERNBUSSE

#### Flixbus will an die Börse

Das Fernbusunternehmen Flixbus beginnt Finanzkreisen zufolge mit den Vorbereitungen für einen Börsengang. Die Flixbus-Mutter Flixbus Mobility habe die Investmentbank PJT als Berater für ihren Sprung aufs Parkett engagiert, sagen mehrere mit der Angelegenheit vertraute Personen. Sofern die Lage an den Aktienmärkten günstig sei, könne ein Börsengang im kommenden Jahr stattfinden. *Reuters*

### OPEC

#### Ölkartell drosselt Fördermenge

Bei den Beratungen der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) über eine Drosselung der Öl-Fördermenge rückt eine Vereinbarung in greifbare Nähe. Das Ölkartell habe sich auf eine Kürzung um 800 000 Fass pro Tag verständigt, sagte Iraks Ölminister gestern in Wien. Die Opec ringt um eine Produktionskürzung, um den Ölpreis nach dem jüngsten Einbruch wieder zu stabilisieren. Seit Oktober ist der Ölpreis um fast ein Drittel eingebrochen, was vor allem an einem Überangebot liegt. *Reuters*